



Pressemitteilung

Kommunaler Landesverband kreisangehöriger Städte und Gemeinden

06.12.2019

Pressesprecherin:
Kristina Fabijancic-Müller
Telefon +49 711 22572-34
Mobil +49 160 97272863
kristina.fabijancic-mueller@gemeindetag-bw.de

Pressemitteilung des Gemeindetags zum Bericht „CDU macht Druck bei Klimaschutz in Kommunen“ in der Stuttgarter Zeitung/Stuttgarter Nachrichten vom 06.12.2019

Klimaschutz wird noch besser funktionieren, wenn die Regierungsfractionen *mit* den Kommunen sprechen, statt *über* sie

Der aktuelle Vorstoß des CDU-Landesfachausschusses für Energie, Umwelt und Klimaschutz zu klimaneutraler Bauweise sorgt beim Gemeindetag für Verwunderung. „Dass Klimaschutz eine Daueraufgabe von Kommunen ist, muss den Städten und Gemeinden nicht erst jetzt mitgeteilt werden. Wir wissen das schon lange, und es gibt keine Stadt oder Gemeinde, die keine Klimaschutzmaßnahmen vorweisen kann,“ erklärte Gemeindetagspräsident Roger Kehle. „Viele der im CDU-Papier vorgeschlagenen Aktivitäten werden schon lange in unseren Kommunen umgesetzt. Das reicht von der Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technologie über kommunale Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien bis hin zu Konzepten mit dem örtlichen Einzelhandel, um Verpackungen und Plastik beim Einkauf zu vermeiden.“ Um zu dokumentieren, wie aktiv die baden-württembergischen Städte und Gemeinden bereits beim Klimaschutz sind, plant der Gemeindetag für 2020 eine Klimadatenbank, in der die bereits laufenden Klimaschutzmaßnahmen der Kommunen erfasst werden. Ebenso wie vor kurzem bereits dem Umweltminister, bietet der Gemeindetag auch der CDU gerne an, gemeinsam über weitere Klimaschutzmaßnahmen zu sprechen: „Kommunen können Klimaschutz! Deshalb würde es uns freuen, wenn auch die CDU *mit* uns über weitere Potenziale beim Klimaschutz spricht, statt *über* uns zu sprechen“, so der Gemeindetagspräsident.

Kritisch sieht Kehle die Vorgehensweise, die die CDU vorschlägt, um in Neubaugebieten eine klimaneutrale Bauweise und eine Fotovoltaikpflicht

durchzusetzen. „Die CDU übersieht hier, dass die Kommunen nicht die privaten Häuslebauer sind. Denn klar ist, die Umsetzung einer solchen Verpflichtung kostet zunächst einmal Geld, und zwar das Geld der bauwilligen Bürger. Und diese Botschaft zu senden, ist Teil der Wahrheit, wenn man es mit Klimaschutz ernst meint. Es wäre daher konsequent, wenn die Landespolitik die geplante Fotovoltaikpflicht dem Bürger auch selbst erklärt, statt diese sensible Aufgabe elegant auf die Kommunen übertragen zu wollen. Die Kommunen unterstützen einen solchen – dringend notwendigen – Dialog sehr gerne. Sie wollen damit aber nicht alleine gelassen werden.“

Wie wichtig der Austausch von Land und Kommunen beim Klimaschutz ist, zeigt sich für den Gemeindetagspräsidenten auch im Zusammenhang mit der Wohnungsnot in Baden-Württemberg und geplanten Klimaschutzmaßnahmen: „Wir sind uns alle einig, dass wir dringend mehr Wohnungen brauchen. Wie man allerdings mit immer mehr Vorschriften das Bauen günstiger machen und damit den Wohnungsbau beschleunigen soll, bleibt uns weiterhin ein Rätsel.“